

Preisexplosion stoppen – Menschen entlasten – Armut verhindern

Die seit Monaten steigenden Energiekosten bedrohen die Finanzierung der grundlegenden Lebenserhaltung für einen stetig wachsenden Teil der Bevölkerung. Die ökonomischen und energetischen Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine haben diese Situation nochmals deutlich verschärft. Gerade einkommensschwache Menschen, Familien mit Kindern sind überproportional stark von den hohen Energie- und Lebensmittelpreisen betroffen und benötigen dringend eine wirksame Entlastung.

Die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sind unzureichend, da Renter:innen oder auch Studierende ausgeschlossen sind. Auch wurden durch Preissteigerungen wie im Fall der Steuerreduzierung für Benzin und Diesel angestrebte Entlastungen nahezu vollständig zu Gunsten der Mineralölwirtschaft aufgezehrt.

Von der Ampelregierung im Bund fordern wir, dass:

1. die staatliche **Preisaufsicht** wiedereingeführt wird, um steigende **Energie- und Gaspreise zu deckeln**;
2. die Energiekonzerne und ihre Extraprofiten in der Krise durch eine **Übergewinnsteuer** angemessen an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt werden;
3. **Strom- und Gassperren gesetzlich verboten** werden;
4. eine bis zum Rückgang der Preissteigerungen auf das Vorniveau befristete einkommensteuerpflichtige **Einmalzahlungen** für alle Haushalte ohne Ausschluss mit 125 Euro plus 50 Euro pro weiteres Haushaltsmitglied je Monat eingeführt wird;
5. ein die Pendlerpauschale ablösendes **Mobilitätsgeld** für jeden Entfernungskilometer für alle Pendler:innen eingeführt wird, welches Geringverdienende nicht mehr benachteiligt;
6. **Sozialleistungen** (SGB II, SGB XII, BAFöG, Wohngeld) auf ein auskömmliches und menschenwürdiges Niveau zur Sicherung der Lebensgrundlagen angehoben werden.

Für Thüringen schlagen wir vor:

1. im Haushalt 2023 einen **Energie-Härtefallfonds** zur Entlastung für einkommensschwache Personen und Haushalte einzurichten;

2. **Unterstützungsprogramme** für kommunale Wohnungsbaugesellschaften, kommunale Energieversorgungsunternehmen und weitere von der Energiepreisexplosion erheblich beeinträchtigte kommunale Unternehmen zur Abfederung von Liquiditätsschwierigkeiten, die im Zuge der erhöhten Energiepreise aufkommen können, zu etablieren;
3. preiswerte an der Größe des Haushaltes orientierte **Grundkontingente** für Strom und Gas durch kommunale Energieunternehmen einzuführen;
4. **Energiesparberatungsstellen** in Thüringen weiter auszubauen und Beratungsstellen und Programme zur **Energieoptimierung** und Wärmeeffizienz für Mieterinnen und Mieter und Menschen mit selbstgenutztem Wohneigentum zu stärken;
5. einen **Runden Tisch** unter Beteiligung der Landesregierung, der Sozialverbände, der kommunalen Energieversorger und der kommunalen Spitzenverbände zu installieren, um regelmäßig über notwendige Maßnahmen zur Entlastung der Bürger:innen und kommunalen Unternehmen in Thüringen zu beraten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Erfurt, 01.07.2022



Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Ansprechpartner:
Karola Stange, MdL
Isabel Kreke, MA

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
Tel. 0361 – 3772295
www.die-linke-thl.de
fraktion@die-linke-thl.de